

Elektronische Demokratie

Günther Schefbeck

*Parlamentsdirektion
Dr. Karl Renner-Ring 3, A-1017 Wien
guenther.schefbeck@parlinkom.gv.at*

Schlagworte: Politik, Demokratie, Parlament, Parteien, Wahlen, Neue Informations- und Kommunikationstechnologien, Internet, E-Government, E-Democracy

Abstract: „Elektronische Demokratie“ erscheint als ein Bündel von Ansätzen zur Reintegration der Bürger in das demokratische politische System durch verbesserte Information über und verbesserte Einbindung in den politischen Prozess. Einige dieser Ansätze – wie die Nutzung des Internet als Medium der politischen Information und Kommunikation – gehören wenige Jahre nach ihrer erstmaligen praktischen Umsetzung bereits zum Standard der politischen Realität, andere – wie die Verwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zur Vereinfachung von Wahlen und Abstimmungen – stehen am Beginn ihrer Verwirklichung, wieder andere, den Rahmen des Systems der repräsentativen Demokratie transzendierende Ansätze sind noch Utopie und dürften zumindest auf absehbare Zeit auch Utopie bleiben.

1. Einleitung: „Elektronische Demokratie“ und „E-Government“

Wenn im Programm der dritten Salzburger Rechtsinformatikgespräche 2000¹ das Thema „Elektronische Demokratie“ unter dem Oberbegriff „E-Government“ eingereicht wird, dann kann das wohl nur so interpretiert werden, dass es – ähnlich wie dies Herbert Fiedler für den Begriff der „Rechtsinformatik“ selbst gezeigt hat² – ein „E-Government“ im weiteren Sinn und ein „E-Government“ im engeren Sinn gibt. Das als Oberbegriff verwendete „E-Government“ im weiteren Sinn wäre dann im Sinne eines Einsatzes der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im politischen System in seiner Gesamtheit zu verstehen, während das mit

¹ Die sich aus der Präsentation im Rahmen dieser Veranstaltung ergebende Vortragsform ist beibehalten, der Text jedoch – aus Platzgründen in knappster Form – um Belege ergänzt worden.

² Vgl. dazu z.B. *Jahnel/Mader* (1996) 7.

vielpropagierten Anwendungen wie „help.gv.at“ assoziierte „E-Government“ im engeren Sinn eigentlich „E-Administration“ genannt werden müsste und sich auf den Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Regierungs- und Verwaltungssystem als einem Subsystem des politischen Systems bezieht, einem Subsystem, das nach unserem politischen Verständnis seine Handlungslegitimation aus der einem demokratischen Prozedere folgenden Kreation seiner Spitzen wie auch aus einer inhaltlichen Anknüpfung an in einem demokratischen Prozedere erzeugten Normen ableitet.

2. Begriffsklärung

Wenn im Folgenden ein kurzer Blick auf mögliche Ansätze elektronischer Demokratie getan werden soll, dann gilt es natürlich vorab die Frage zu klären, was als „elektronische Demokratie“ zu verstehen sei.

Was unter „elektronisch“ zu verstehen ist, bedarf wohl keiner näheren Erläuterung: die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Allgemeinen und von Computernetzwerken, die wir unter dem Oberbegriff „Internet“ zusammenfassen können, im Besonderen. Was aber wäre unter „Demokratie“ zu verstehen? Hier ein sehr verkürzter und pointierter definitorischer Versuch: „Demokratie“ sei verstanden als Form der politischen Willensbildung bzw. Normerzeugung, die auf dem Prinzip der Identität von Normunterworfenen und Normerzeugern bzw. jenen Personen, auf welche die Legitimation der Normerzeugung zurückgeführt wird, beruht. Auf den fiktiven Charakter dieses Identitätspostulats hat schon Hans Kelsen hingewiesen.³ Es kommt in der real existierenden Demokratie daher darauf an, diese Fiktion zumindest soweit zu operationalisieren, dass das politische System seine Integrationswirkung – und Integration seiner Teile ist eine von jedem System bei Gefahr sonstigen Zerfalls zu erbringende Leistung – nicht verliert.

Diese Operationalisierung ist nun bekanntermaßen auf verschiedene Weise versucht worden: Wiederum sehr vereinfacht, kann von einem direkt- und einem indirekt-demokratischen Ansatz sowie von verschiedenen Mischformen zwischen beiden gesprochen werden. Westlicher Standard und damit nach dem Ende des Kalten Krieges der euphorischen Hoffnung von 1989/90 zufolge weltweiter Standard ist die indirekte oder repräsentative Demokratie geworden, in welcher die Normunterworfenen die Normsetzungsbefugnisse für eine bestimmte Zeitspanne an Reprä-

³ Siehe z.B. *Kelsen* (1929) 6-9, 14-25.

sentanten übertragen, die in einem Kollegialorgan, dem Parlament, vereinigt die Aufgabe der staatlichen Willensbildung formell wahrnehmen.

3. Ansätze und Konzepte „elektronischer Demokratie“

Was nun aber könnte konkret unter „elektronischer Demokratie“ – im Sinne unserer allgemeinen Definition also der Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zur Erfüllung von Systemfunktionen des demokratischen politischen Systems – verstanden werden? Einige mehr oder weniger willkürlich ausgewählte Beispiele mögen schlaglichtartig einige mögliche Zugänge beleuchten:

Wenn wir das Kollegialorgan Parlament als institutionelles Herzstück des politischen Systems der repräsentativen Demokratie identifiziert haben, erscheint es naheliegend, von der Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien durch die Parlamente auszugehen. Seit November 1996 beispielsweise hat das österreichische Parlament eine Website eingerichtet, die von den Benutzern sehr gut angenommen worden und in vieler Hinsicht repräsentativ ist für den Standard, den die Webangebote der meisten Parlamente heute, etwa 4-5 Jahre nach Beginn der Nutzung des World Wide Web durch die Parlamente der meisten westlichen Demokratien, erreicht haben. Angeboten werden neben allgemeinen Grundlageninformationen über Parlament und Parlamentarismus beispielsweise sämtliche öffentlich zugänglichen parlamentarischen Dokumente im Volltext, Informationen über die Parlamentarier und E-Mail-Zugang zu bereits vielen Parlamentariern, eine Audioübertragung der laufenden Plenarsitzungen sowie ein von der Parlamentsverwaltung eingerichteter E-Mail-Dienst, an den sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Fragen wenden können, wo sie aber auch ihre politische Meinung deponieren können.⁴

Dieser nur cursorisch dargestellte Standard ist nahezu allen europäischen Parlamenten gemein⁵, allein das mazedonische bietet, soweit be-

⁴ <http://www.parlament.gv.at> oder <http://www.parlinkom.gv.at>; vgl. dazu *Schebeck* (1996).

⁵ Die Angaben von *Marschall* (1999) 192-174 sind durch die rasche Entwicklung, welche beispielsweise auch die Parlamente der ostmitteleuropäischen Reformstaaten im Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien durchlaufen haben, bereits wieder überholt. Zum Deutschen Bundestag als einem Parlament, dem überdurchschnittlich große Ressourcen zur Verfügung stehen, vgl. z.B. *Marschall* (1998) und *Kubiczek* (2000).

kannt, die parlamentarischen Materialien noch nicht im Volltext an; Audioübertragungen von Plenarsitzungen via Internet gibt es zwar natürlich noch nicht in allen Parlamenten, dafür bieten einzelne – wie etwa der Deutsche Bundestag oder der französische Senat – schon Videoübertragungen an, die naturgemäß freilich recht bandbreitenintensiv sind. Richten sich die bisherigen Informationsangebote an eine allgemeine Öffentlichkeit als nicht näher umrissene Zielgruppe, so machen daneben auch jene von verschiedenen Parlamenten initiierten Projekte gute Fortschritte, die der möglichst frühzeitigen Integration von Kindern und Jugendlichen in das demokratische politische System dienen sollen, wie beispielsweise das „Jugendweb“ des isländischen Althingi oder das „Edusnet“-Projekt der finnischen Eduskunta.

Eine aktivere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Vorbereitung politischer Entscheidungsprozesse hat beispielsweise das dänische Folketing mit einem im Frühjahr 1999 aus Anlass des 150. Jahrestages der dänischen Verfassung eingerichteten Diskussionsforum über eine Verfassungsreform versucht; dieses Diskussionsforum hat in der Zeit von März bis Juni 1999 immerhin rund 20.000 Besucher angezogen, also im Durchschnitt rund 180 pro Tag, die mehr als 2.200 Diskussionsbeiträge hinterlassen haben. Ein Versuch, der, auch wenn die verwendete Bulletin Board-Software sich als wenig geeignet erwiesen hat, immerhin als Bestätigung dafür interpretiert worden ist, dass elektronische Diskussionsforen grundsätzlich für die diskursive Auseinandersetzung auch mit komplexen politischen und rechtlichen bzw. legislativen Themen verwendbar sind.⁶

Soweit einige – beliebig vermehrbare – Beispiele dafür, wie Parlamente als die zentralen Institutionen des politischen Systems der repräsentativen Demokratie bisher Zugänge zu „elektronischer Demokratie“ gefunden haben. Aber nicht nur für die verfassungsrechtlich grundgelegten Institutionen der repräsentativen Demokratie ist die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in den vergangenen Jahren zur mittlerweile schon selbstverständlichen Realität geworden, das Gleiche gilt nicht minder für die selbstorganisierten Strukturen wie für die individuellen Akteure des politischen Systems.

Im Februar 2000 beispielsweise sind die Bilder von den Demonstrationen gegen die neu gebildete österreichische Bundesregierung in Wien und in anderen österreichischen Städten um die Welt gegangen. Wie auch immer diese Form des politischen Aktionismus vom jeweiligen politi-

⁶ Siehe dazu *Lenger* (1999).

schen Standpunkt aus bewertet werden mag, so wird man sie doch als eine immerhin beachtliche logistische Leistung ansehen müssen: In einem Staat wie der Zweiten österreichischen Republik, der wenig Tradition politischer Straßendemonstrationen hat, so schnell und so effizient regelmäßige kleine und einige große Demonstrationen mit Teilnehmern aus einem breiten politischen Spektrum, das von religiösen Gemeinschaften über die Sozialdemokratie und die Grünen bis zu kleinen linksradikalen und anarchistischen Gruppierungen reicht, zu organisieren, erscheint als kein leichtes Unterfangen. Möglich wurde dies durch „elektronische Demokratie“, durch Vernetzung der beteiligten Gruppierungen, durch Informationsvermittlung und Kommunikation über das Internet, beispielsweise über Websites oder Mailinglisten, auf der, insbesondere für die kurz- und kürzestfristige Planung, Informationsvermittlung und Kommunikation mittels Mobiltelefonie aufsetzte. Ein am 11. Februar 2000 eingerichteter „Web-Ring gegen Blau-Schwarz“ zählte am 24. Februar 2000, also nach noch nicht einmal zwei Wochen, bereits 115 zum Zweck der Organisation der Demonstrationen vernetzte Websites, von bereits früher bestehenden Websites wie jener der Fachschaft Informatik und der Aktion kritischer Schüler bis zu offenkundig ad hoc eingerichteten Sites mit Bezeichnungen wie „Widerstand: jetzt!“ oder, etwas origineller, dem unvergessenen Zitat „Wenn wir dritte werden, gehen wir in Opposition“.⁷

Die Nutzung des Internet zu Organisation und Vorbereitung von politischen Aktionen, die als solche durchaus zum herkömmlichen politischen Instrumentarium zählen, ist freilich keine österreichische Erfindung. Im weltweiten Rahmen sind mit Hilfe der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien beispielsweise die Aktionen gegen den WTO-Gipfel in Seattle vorbereitet worden, die ohne diese global vernetzte Vorbereitung wahrscheinlich in dieser Form undenkbar gewesen wären. Aber auch die Oppositions- und Widerstandsbewegungen in Staaten bzw. in Regionen, in denen die freie politische Meinungsäußerung und Kommunikation in den traditionellen Medien unterdrückt werden konnte bzw. kann, wie in Albanien und in der Volksrepublik China, haben im Internet ein Medium gefunden, das sehr viel schwieriger kontrollierbar ist und es ihnen daher erlaubt, sich mit Hilfe seiner Nutzung zu organisieren. Da überrascht es nicht, dass die Volksrepublik China im Jänner 2000 die

⁷ <http://webring.telnet.at/list.php3>; siehe auch beispielsweise das Archiv des temporären Projekts www.gegenschwarzblau.net unter <http://www.servus.at/kanal/gegenschwarzblau>.

Kontrolle des Internet und die Zensur des elektronischen Datenverkehrs weiter verschärft hat.⁸

In den westlichen Demokratien gehört die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien heute bereits zum Standardrepertoire der politischen Akteure: Keine politische Partei mehr ohne eigene Website⁹, desgleichen keine Interessenvertretung, kaum eine informelle politische Gruppierung, die nicht das Internet nutzt, um sich zum einen selbst darzustellen, zum anderen den Kontakt mit ihren Mitgliedern und Sympathisanten zu halten und zu intensivieren! Mailinglisten, Diskussionsforen oder Chats sind bereits ebenso politischer Alltag geworden wie dies früher der Stammtisch politisch Gleichgesinnter war und immer noch ist, was die „Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen“, um Ernst Bloch zu paraphrasieren, oder die Notwendigkeit parallelen Einsatzes verschiedener Medien zeigt.

Und was für politische Parteien und Gruppierungen gilt, gilt natürlich ebenso für die individuellen politischen Akteure: Immer mehr Politiker richten ihre eigenen Homepages ein, versenden E-Cards zu deren Bewerbung und bedienen sich des Mediums E-Mail, um mit ihren Mitarbeitern und Kollegen zu kommunizieren oder um Fragen von Bürgern zu beantworten. Diese Entwicklung ist natürlich beispielsweise in den skandinavischen Ländern weiter vorgeschritten als etwa in Mitteleuropa und hier wiederum weiter als in Osteuropa, wenn man jedoch bedenkt, dass selbst in Skandinavien seit dem Beginn der Nutzung des Internet für politische Zwecke erst ein halbes Jahrzehnt vergangen ist, lässt sich ermesen, wie rasch die Entwicklung vor sich geht und wohl weiter vor sich gehen wird.

Spielen also die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in den weniger formalisierten Vorgängen der politischen Kommunikation und Interaktion, beispielsweise in Wahlbewegungen, bereits heute eine große Rolle, so sind sie aus den rechtlich genau determinierten und formalisierten Vorgängen der staatlichen Willensbildung, wie etwa Wahlen und Abstimmungen, bisher weitgehend ausgespart geblieben.

Doch selbst in diesem Bereich ist nunmehr der erste Einbruch zu vermelden: Am 2. und 3. Februar 2000 hat die weltweit erste rechtsgültige Wahl via Internet stattgefunden, und zwar die Wahl des Studentenparla-

⁸ Dazu die aktuellen Meldungen <http://www.heise.de/newsticker/data/hps-27.01.00-001> und <http://www.heise.de/newsticker/data/atr-21.02.00-000> sowie grundsätzlich *Specker* (1997).

⁹ Den Umgang der österreichischen politischen Parteien mit dem Internet thematisieren *Volst/Voglmayr* (1998).

ments der Universität Osnabrück.¹⁰ An dieser Universität hatten sich Lehrende und Studierende einer Lehrveranstaltung „Informatik für Sozialwissenschaftler“ bereits seit 1998 mit der Frage der Durchführung von Wahlen via Internet befasst und vor der Bundestagswahl 1998 einen virtuellen „Wahlkreis 329“ eingerichtet, in dem Internetnutzer an einer Wahlsimulation teilnehmen und einen Wahltipp über den Ausgang der realen Bundestagswahl abgeben konnten; die Auswertung dieser Wahltipps hatte im Übrigen ein Ergebnis erbracht, das eine mittlere Abweichung im Ausmaß von lediglich 1,1 % vom tatsächlichen Wahlergebnis aufwies.¹¹ In einem weiteren Wahlspiel konnten im Frühjahr 1999 die Mitglieder der Techniker-Krankenkasse Hamburg anlässlich der Sozialwahl ihre Stimme parallel zur rechtsgültigen Briefwahl auch per Internet abgeben.¹² Erst die Wahl des Osnabrücker Studentenparlaments bot freilich die Möglichkeit zur erstmaligen rechtsgültigen Stimmabgabe via Internet, von der 156 Studierende Gebrauch machten¹³, nachdem sich rund 400 der insgesamt 10.000 Studierenden der Universität Osnabrück dafür angemeldet hatten. Die an der Universität eingerichtete „Forschungsgruppe Internetwahlen“ unter Leitung von Prof. Dieter Otten hatte dafür eine eigene Software entwickelt, die ein neues Kryptographieverfahren und ein „blinde Signatur“ verwendete; das letztgenannte Prinzip, das Authentifizierung und Anonymisierung einer Nachricht zugleich ermöglicht, war zu Beginn der 1980er Jahre von David Chaum auch im Hinblick auf die Durchführung von Wahlen mit Hilfe von Computernetzwerken ausgearbeitet worden.¹⁴

¹⁰ <http://www.ivote.de>; Materialien dazu unter <http://www.internetwahlen.de>.

¹¹ <http://www.wahlkreis329.de>.

¹² <http://wahl.tk-online.de>.

¹³ 160 Stimmen wurden bei der Wahl zu den Fachschaftsräten elektronisch abgegeben; daraus ergibt sich die von *Heuser u.a.* (2000) genannte Zahl von insgesamt 316 elektronisch abgegebenen Stimmen (freundliche Mitteilung von *Dieter Otten*).

¹⁴ Siehe das Patent US4759063 sowie mehrere Folgepatente (z.B. US4759064, US4914698, US4947430, US4949380, US4987593, US4991210), die insb. im Hinblick auf ihre Anwendbarkeit im elektronischen Zahlungsverkehr beachtlich sind; tatsächlich ist Chaum als Gründer und Geschäftsführer der Firma DigiCash im Folgenden v.a. in diesem Bereich tätig gewesen und hat Beiträge zur Bewältigung der schwierigen Gratwanderung zwischen Gewährleistung der Verkehrs- und Rechtssicherheit einerseits und des Schutzes der Privatsphäre andererseits im Bereich der „elektronischen Wirtschaft“ geleistet. Zum Prinzip der „blinden Signatur“ vgl. u.a. *Chaum* (1983, 1984, 1987). Das Prinzip der „blinden Signatur“ hat seither bei der Konzipierung von Systemen zur elektronischen Stimmabgabe vielfache Anwendung gefunden; vgl. z.B. *Cranor* (1997).

Software und praktische Durchführung der ersten rechtsgültigen Internetwahl sind zwar von einigen beteiligten Studierenden auch kritisiert worden¹⁵, dennoch erscheint damit eine Tür aufgestoßen, die nicht mehr zu schließen sein wird; und dass der schmale Spalt, den sie jetzt offen steht, schon in näherer Zukunft erweitert werden wird, erscheint mehr als wahrscheinlich. Die Osnabrücker Forschungsgruppe hat im 5. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung ein Projekt eingereicht, das sich „Voting online throughout Europe“ oder „VOTE“ nennt und nicht nur die Software für Internetwahlen weiterentwickeln, sondern darüber hinaus begleitend dazu auch eine umfassende politische Informations- und Kommunikationsplattform im Internet einrichten will, die „virtual agora“ genannt wird. Besondere Zielrichtung ist die Nutzung des Internet bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004, die dafür besonders prädestiniert erscheinen, weil dabei die Stimmabgabe ja nicht an einzelstaatliche Grenzen stoßen soll, sondern auch im jeweiligen EU-Ausland zulässig ist.¹⁶

Aber auch jenseits von Osnabrück beschäftigt man sich intensiv mit der Stimmabgabe via Internet. So hat etwa die Demokratische Partei in Arizona die dortige Präsidentschaftsvorwahl im März 2000 ergänzend zum herkömmlichen Verfahren auch via Internet ermöglicht (unter Einsatz einer von einer Privatfirma entwickelten Software¹⁷) und damit eine signifikante Erhöhung der Wahlbeteiligung erreicht.¹⁸ In der Schweiz ist bereits 1996 ein Antrag im Nationalrat eingebracht worden, der die Ausübung der politischen Rechte über Internet zum Gegenstand hatte, allerdings auf den Widerstand des Bundesrates gestoßen ist, der die zu gewärtigenden technischen Sicherheitsmängel sowie die jedenfalls notwendigen großen Investitionen zur Begründung seiner Ablehnung anführte¹⁹; die

¹⁵ Siehe etwa <http://www.asta.uni-osnabrueck.de/zeitungen/info200/internetwahl.htm> sowie die Begründung für die von der Grün-Alternativen Liste eingebrachte Wahlenfechtung, abrufbar unter <http://www.asta.uni-osnabrueck.de/neues.html>.

¹⁶ Siehe <http://www.internetwahlen.de/europa.html>.

¹⁷ Dazu <http://election.com>.

¹⁸ Als Website für die elektronische Stimmabgabe war <https://www.election-primary.com/azvote> eingerichtet; nähere Informationen unter <http://www.azdem.org>. Siehe weiters die lokalen Presseberichte unter <http://www.azcentral.com/news/election/elect2000>.

¹⁹ Die Texte sind wiedergegeben unter <http://volksrechte.ch/postulat.htm>.

Befürworter, beispielsweise die Jungfreisinnigen, lassen sich freilich nicht entmutigen und drängen weiter auf die Verwirklichung der Idee.²⁰

Die erste weltweite Wahl im Internet wird voraussichtlich im Sommer 2000 stattfinden, wenn die Hälfte der Direktoriumsmitglieder von ICANN, also jener non profit-Organisation, welche für die Vergabe der Domain-Namen und IP-Nummern im Internet verantwortlich ist, von allen interessierten und dafür angemeldeten Internetbenutzern gewählt werden soll.²¹ Die Zeit von „No voting but rough consensus“ im Internet²² ist also offenkundig vorbei.

Eine weltweite, nationale Grenzen transzendierende Wahl im Internet würde tatsächlich eine neue Qualität der politischen Nutzung des Internet bedeuten, aber auch eine neue Qualität von Politik implizieren. Tatsächlich erscheint die staatliche Willensbildung traditionellen Zuschnitts ja schon längst überfordert, wenn sie sich immer häufiger mit Problemstellungen konfrontiert sieht, die auf innerstaatlicher Ebene eben nicht gelöst werden können, weil insbesondere die globalisierten oder zumindest internationalisierten wirtschaftlichen Strukturen längst die nationalstaatlichen Grenzen schneiden.

Waren die meisten der bisher erwähnten Ansätze „elektronischer Demokratie“ zwar – zumindest der damit verfolgten Intention nach – dazu geeignet, zu einer Belebung der Demokratie traditionellen Zuschnitts beizutragen, durch bessere Information der Bürger und dadurch erzielte höhere Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse, durch intensivierte politische Kommunikation oder durch zeitgemäßere Methoden der Durchführung von Wahlen, so wird nunmehr deutlich, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien auch das Potential in sich bergen, die Strukturen und Funktionsweisen des demokratischen politischen Systems an sich zu verändern.

Auch solche Ansätze sind freilich nicht neu: Bereits in den 70er Jahren regte das Aufkommen des Kabelfernsehens, das einerseits die Möglichkeit vertiefter inhaltlicher Differenzierung der Medienberichterstattung zum Beispiel nach regionalen Gesichtspunkten bot, andererseits mit seiner Rückkanalfähigkeit grundsätzlich bereits Interaktivität zuließ, die Entstehung eines demokratiepolitischen Ansatzes an, der „teledemocracy“ genannt wurde und zu dessen prominentestem Sprecher sich der bekannte

²⁰ Siehe etwa <http://www.jungfreisinnige.ch/petition/internet.htm>.

²¹ Dazu <http://www.icann.org/cairo2000/atlarge-topic.htm>.

²² Dies die von *Herbert Fiedler* verwendete komprimierte Version einer Formel, die *Robert Cailleau* geprägt hat; siehe <http://www.heise.de/tp/issue/dl-artikel.cgi?artikelnr=8015&mode=html>.

Zukunftsforscher Alvin Toffler machte, der beispielsweise in seinem Buch „The Third Wave“ eine „semi-direct democracy“, herstellbar vermittels elektronischer Versammlungen und Abstimmungen, als Staatsform der Zukunft propagierte.²³

Jener Paradigmenwechsel der EDV, der zu Beginn der 80er Jahre den PC an die Stelle des Mainframe setzte und die EDV von einem Herrschaftsinstrument in den Händen der Mächtigen der Wirtschaft und des Staates zu einem von jedermann nutzbaren und insofern demokratischen Instrument machte, führte zu einer Weiterentwicklung des teledemokratischen Ansatzes, indem Demokratietheoretiker wie Benjamin Barber oder Robert Dahl in ihren Konzepten für eine direktere Ausprägung der Demokratie Computernetzwerke an die Stelle des Kabelfernsehens setzten.²⁴

Das Aufkommen der Computernetzwerke, insbesondere aber die neue Benutzungsqualität, welche diese Netzwerke durch die Schaffung des World Wide Web erhielten, ließ einen zweiten, in mancher Hinsicht noch radikaleren demokratiereformatorischen Ansatz neben den teledemokratischen treten, nämlich den Ansatz der „cyberdemocracy“, der nicht bloß die indirekt-demokratische durch eine zumindest semidirekt-demokratische Form der staatlichen Willensbildung innerhalb der traditionellen staatlichen Ordnung ersetzten, sondern diese traditionelle staatliche Ordnung überhaupt transzendieren will. Eher manchesterliberal bis konservativ anmutende Konzepte, welche sich selbst regulierende freie Märkte in der vernetzten Gesellschaft für ausreichend und den Staat für überholt erachten, stehen dabei eher kommunitaristischen Konzepten wie jenem von Howard Rheingold, einem der Propheten des Cyberspace, gegenüber, die neue dezentrale „virtuelle Gemeinschaften“ mit erhöhter kommunikativer Kompetenz und der Fähigkeit zu selbstorganisierter demokratischer Willensbildung und in diesem Sinn eine neue Politisierung „von unten“ anstreben.²⁵

Mag insbesondere der zuletzt skizzierte cyberdemokratische Ansatz noch ein wenig esoterisch wirken, so erscheint zumindest der teledemokratische heute technisch durchaus verwirklichtbar.²⁶ Die für elektronische Wahlen entwickelte Software kann ebenso gut für Abstimmungen über

²³ Toffler (1980).

²⁴ Siehe Barber (1984) und Dahl (1989).

²⁵ Beachte v.a. Rheingold (1993); zur Kritik von Fernback/Thompson (1995) am Konzept der „virtual communities“ Rheingold (1998).

²⁶ Hagen (1997a, 1997b) bietet eine Zusammenschau der in den USA entwickelten Konzepte im hier skizzierten Begriffsraaster; in einem anderen, nämlich weniger spezifischen Wortsinn werden die Begriffe von Filzmaier (1999) verwendet.

einzelne politische Sachfragen via Internet verwendet werden. Doch die klassischen Argumente gegen die direkte Demokratie gerade in unserer hochkomplexen Gesellschaft bleiben weiter aufrecht: Wenn auch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien den einzelnen Bürgern heute mehr denn je die Möglichkeit geben, sich über die zur politischen Entscheidung anstehenden Sachfragen zu informieren, so ist doch das schlichte Zeitproblem ebenso ungelöst wie das Problem mangelnden Vorwissens, das oft schon zur Auswahl und Verarbeitung der Sachinformationen notwendig wäre. Damit bleiben direkt-demokratische Entscheidungen erhöhter Demagogiegefahr ausgesetzt, womit korrespondiert, dass sich gerade besonders demagogisch agierende Politiker öffentlich immer wieder für mehr direkt-demokratische Elemente oder sogar für teledemokratische Konzepte aussprechen.

4. Warum „elektronische Demokratie“?

Warum daher, angesichts der potentiellen Gefahren, welche auch die „elektronische Demokratie“ in sich birgt, überhaupt die Diskussion darüber, die, wie gezeigt werden konnte, vor nun schon fast 30 Jahren begonnen und im letzten Jahrzehnt, seit Einführung des World Wide Web, einen ungeahnten Aufschwung erfahren hat?²⁷

Ein Hauptgrund für die Lebhaftigkeit dieser Diskussion, die insbesondere natürlich in zahlreichen Websites zum Thema ihren Niederschlag findet, scheint – neben dem wohl nur anthropologisch zu begründenden Bestreben innovativer Geister, alles, was theoretisch möglich ist, auch praktisch zu versuchen, dem freilich das Bestreben beharrender Geister gegenübersteht, stets alles so zu belassen, wie es ihnen vertraut ist – in der Situation der westlichen Demokratie zu liegen, die trotz des scheinbaren Triumphs des von ihr verkörperten Prinzips in der friedlichen Revolution von 1989 krisenhafte Symptome zeigt: Symptome, die sich insbesondere in den in nahezu allen Demokratien signifikant sinkenden Wahlbeteiligungsraten oder in demoskopisch nachweisbarer steigender „Politikver-

²⁷ Einen guten kommentierten Überblick über die ältere Literatur gibt *London* (1994). Seither ist die Literatur fast unüberschaubar geworden, zumal elektronische Newsgroups, Diskussionsforen und Mailinglisten ephemerer oder auch dauerhafterer Natur die einschlägige Medienlandschaft bereichert haben. Die ambitionierteste Synopse der elektronisch wie auch der auf Papiermedien verfügbaren Literatur gibt <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/net/netdem.htm>. Einige wichtigere Literatur ist im Literaturverzeichnis dieses Beitrages angeführt; an deutschsprachigen Einführungswerken mag speziell auf die Sammelwerke von *Gellner/von Korff* (Hg.) (1998), *Kamps* (Hg.) (1999) und *Leggewie/Mahr* (Hg.) (1998) verwiesen sein.

drossenheit“, also Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Interaktionsmustern des politischen Systems, manifestieren.²⁸

Worauf ist diese vielfach konstatierte krisenhafte Entwicklung zurückzuführen? Da es sich offenkundig nicht um ein singuläres, sondern um ein querschnittartig alle demokratischen politischen Systeme durchziehendes Phänomen handelt, liegt die Vermutung nahe, dass es strukturelle Wurzeln haben muss. Tatsächlich scheinen solche Wurzeln schon in der Genese der modernen westlichen Gesellschaft angelegt: Die drei gemeinhin unterschiedenen Modernisierungsstränge, die in der jüngeren Neuzeit zur Herausbildung dieser Gesellschaftsform geführt haben, Industrialisierung, Bürokratisierung und Demokratisierung²⁹, verlaufen nämlich offenkundig nicht parallel zueinander oder gar synergetisch miteinander verwoben, sondern zum Teil durchaus kontraindikatorisch ineinander verhak.

Die Industrialisierung der Wirtschaft hat zum Einen innerhalb des traditionellen Nationalstaates wirtschaftliche Interessengruppen entstehen lassen, deren Einfluss im politischen System des jeweiligen Staates und auf dessen Entscheidungsstrukturen die idealtypisch demokratische Willensbildung stark beeinträchtigt; offen eingestandenes oder hinter „Sachzwängen“ verhülltes Lobbying führt oft zu einer starken materiellen Determinierung der politischen Entscheidungen. Zum anderen hat die Industrialisierung der Wirtschaft mittlerweile längst die nationalstaatliche Ebene transzendiert und damit zugleich zu einer Verlagerung vieler wesentlicher politischer Entscheidungen auf eine transnationale Ebene – mag diese nun inter- oder supranational organisiert sein – beigetragen. Entscheidungen, die auf einer solchen Ebene fallen, entziehen sich aber weitestgehend nicht nur den prozeduralen Mechanismen demokratischer Willensbildung, sondern auch den Mechanismen demokratischer Kontrolle.³⁰

Hinzu kommt auf beiden Ebenen, der nationalen wie der transnationalen, die Wirkung der Bürokratisierung. Natürlich wäre die rechtsförmige Vollziehung des demokratisch in Form generell-abstrakter Normen gebildeten staatlichen Willens ohne einen bürokratischen Apparat undenkbar und erscheint der Aufbau eines solchen Apparats für die Implementierung eines demokratischen politischen Systems daher systemnotwendig. Bürokratische wie auch andere Apparate scheinen jedoch auf

²⁸ Aus der Fülle der Literatur zum Thema vgl. z.B. *Birke* (Hg.) (1995), *Jäger* (Hg.) (1995) und *Plasser/Ulram* (1993).

²⁹ Vgl. dazu z.B. *Puhle* (1999) 318.

³⁰ Vgl. z.B. *Brunckhorst* (1997).

grund ihrer inneren Logik Tendenzen zur Verselbständigung zu entwickeln, und ihre hohe Sachkompetenz erlaubt es ihnen gerade in hochkomplexen Gesellschaften, steigenden materiellen Einfluss auf die Grundlagen ihres eigenen Handelns, nämlich im konkreten Fall auf die der Vollziehung idealtypisch vorgeschaltete Normsetzung zu gewinnen.³¹ Auf der supranationalen Ebene, wo der bürokratische Apparat nur in rudimentäre Formen demokratischer Kontrolle eingebettet ist, kommt diese Tendenz noch durchschlagender zum Ausdruck, sodass ein wesentlicher Teil des europaweit demoskopisch nachweisbaren Unbehagens der Menschen in der Europäischen Union auf die Wirkung des bürokratisch-industriellen Komplexes in Brüssel, wo die Verflechtung zwischen wirtschaftlichem Lobbying und bürokratisch-technokratischer Determinierung der politischen Willensbildung besonders fassbar wird, zurückzuführen sein dürfte.

Schließlich tat noch die Industrialisierung der Medienlandschaft das ihre: Eine oligopolistisch strukturierte massenmediale Informationsvermittlung – Österreich liegt ja gerade in dieser Hinsicht, international verglichen, im traurigen Spitzenfeld – scheint nicht geeignet, den Menschen das demokratienotwenige Maß an entscheidungsrelevanten Informationen zu vermitteln, um ihnen die aktive Beteiligung an einem sachorientierten politischen Diskurs zu ermöglichen. Ja im Gegenteil: Die Funktionsmechanismen massenmedialer Informationsvermittlung wirken sogar auf den „professionellen“ politischen Diskurs rück und führen zu seiner Reduzierung auf massenmedial transportfähige und transportwahrscheinliche Bruchstücke von Argumentationsketten, allzu oft demagogischen Zuschnitts.

Zwar hat die Medienkritik diese Tendenz der Medien zur Unterminierung eines demokratiegerechten politischen Diskurses gegeißelt³², zwar hat sich, ausgehend von den USA, eine als „public journalism“ oder „civic journalism“ bezeichnete journalistische Gegenbewegung entwickelt, die versucht, auf der Grundlage eines Dialogs mit den Medienrezipienten eine deren Bedürfnissen entsprechende, verantwortungsbewusste Berichterstattung zu verwirklichen, dennoch erscheinen die Bürger weiterhin durch die Massenmedien informationell in einer Weise mediatisiert, die ihnen eine aktive und seriöse Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen sehr erschwert, wenn nicht verunmöglicht.

³¹ Klassisch zu Bedingungen und Konsequenzen der Bürokratisierung *Weber* (1922) 650-678, hier insb. 671-673.

³² So etwa *Fallows* (1996) und *Wolling* (1999).

Alle diese Faktoren dürften dazu beigetragen haben, das mittlerweile vielzitierte „Unbehagen in der Demokratie“³³ auszulösen und zu verstärken, ein Unbehagen, das in Einstellungen wie „die da oben entscheiden ohnedies über unsere Köpfe hinweg“ oder „die in Brüssel tun ohnehin, was sie wollen“ seine Ausprägung findet und mit schlichtem Unverständnis für Inhalte und Formen des politischen Prozesses einhergeht. Das politische System der parlamentarischen Demokratie läuft somit Gefahr, seine bestandsnotwendige Integrationsleistung nicht mehr in ausreichendem Maße erbringen zu können. Eine Reintegration der Bürger in dieses System könnte sowohl von ihrer verbesserten und bedürfnisgerechten Information über den politischen Prozess als auch von ihrer verstärkten Einbindung in diesen Prozess – die jedenfalls verbesserte Information über ihn zur Voraussetzung hätte – ihren Ausgang nehmen.³⁴

Eine solche Reintegration wird in jedem Fall Kosten verursachen, und zwar materielle wie auch soziale Kosten: Die Gestaltung von den Bedürfnissen der Bürger gerecht werdenden Informationsangeboten fordert personelle und materielle Ressourcen auf Seiten der politischen Akteure bzw. der Institutionen des politischen Systems, fordert andererseits aber auch die Bereitschaft der Bürger, selbst erhebliche Zeitressourcen zu investieren, die wohl nur dann gegeben sein wird, wenn den Bürgern die Überzeugung vermittelt werden kann, dass es sich lohnt, sich in den politischen Prozess einzubringen. Und dies wird wohl nur dann gelingen, wenn erkennbar wird, dass die politische Partizipation inhaltliche Früchte trägt, d.h. wenn die inhaltlichen Ergebnisse eines solchen Partizipationsprozesses tatsächlich in den Prozess der definitiven politischen Willensbildung einfließen und ihn materiell zumindest bis zu einem gewissen Grad determinieren, sofern diese verbindliche Willensbildung nicht, wie dies in der direkten Demokratie der Fall wäre, überhaupt den Bürgern obliegt. Eine solche Form der partizipatorischen Demokratie wäre aber auch mit sozialen Kosten verbunden, weil ein vermehrter Einfluss der Bürger auf die politische Willensbildung in einzelnen Sachmaterien durchaus mit gewichtigen wirtschaftlichen Interessen – nationaler wie insbesondere auch transnationaler Ausprägung – konfliktieren könnte. Noch wesentlich

³³ Dieses mittlerweile fast schon geflügelte Wort ist von *Klenner* (1956) geprägt worden; aufgegriffen und paraphrasiert haben es beispielsweise *Plasser/Ullram* (1982).

³⁴ Die Lehrmeinungen über die Mobilisierbarkeit der Bürger gehen freilich auseinander; so spricht sich etwa *Arterton* (1987) gegen übergroße in diese Richtung gehende Hoffnungen aus, während *Fishkin* (1992) im Zusammenhang mit seinem Konzept der „deliberative opinion polls“ zu zeigen versucht, dass die Bürger unter geeigneten Bedingungen für partizipatorisches Engagement zu gewinnen wären.

höher und schwerwiegender freilich dürften jene sozialen Kosten zu bewerten sein, die im Fall einer Desintegration des demokratischen politischen Systems entstünden.

5. Zusammenfassung

„Elektronische Demokratie“ erscheint somit als eine Chance, als ein Ansatz oder genauer: als ein Bündel von Ansätzen zur Reintegration der Bürger in das demokratische politische System durch verbesserte Information über und verstärkte Einbindung in den politischen Prozess. Es handelt sich dabei um Ansätze, die zum Teil wenige Jahre nach ihrer erstmaligen praktischen Umsetzung bereits zum Standard der politischen Realität gehören, aber in ihrer Breiten- und Tiefenwirkung noch durchaus massiv ausbaufähig erscheinen, zum Teil gerade am Beginn ihrer praktischen Verwirklichung stehen und schließlich zum Teil noch Utopie sind (und zum Teil aus heutiger Sicht auch Utopie bleiben dürften). Die Verwirklichung verschiedener Formen „elektronischer Demokratie“ wird Kosten verursachen, die nicht nur, aber auch in der Entwicklung und Verfügbarmachung der erforderlichen informations- und kommunikationstechnischen Werkzeuge sowie in der Verbreitung der Fähigkeit und Vermittlung der Bereitschaft zum Einsatz dieser Werkzeuge begründet liegen werden. Diese Kosten erscheinen jedoch durch die mögliche Alternative – eine Desintegration des demokratischen politischen Systems – mehr als gerechtfertigt.

Literatur

- F. Christopher Arterton*, Teledemocracy: Can Technology Protect Democracy? (1987)
Benjamin Barber, Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age (1984)
Ders., The State of „Electronically Enhanced Democracy“: A Survey of the Internet (1997)
Adolf M. Birke (Hg.), Politikverdrossenheit (1995)
Helga Böhm/Vera Hertewich, Internet und Demokratie (1997), <http://alf.zfn.uni-bremen.de/~hboehm/index.html>
Hauke Brunkhorst, Die Weltgesellschaft als Krise der Demokratie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 6 (1997) 805
Herbert Burkert, „Elektronische Demokratie“ (1997), <http://www.gmd.de/People/Herbert.Burkert/ED.html>
Janet Caldw, The Virtual Ballot Box: A Survey on Digital Democracy in Europe (1999)
David Chaum, Blind Signatures for Untraceable Payments, in: *ders. u.a.* (Hg.), Advances in Cryptology: Proceedings of CRYPTO '82 (1983) 199

- Ders.*, Blind Signature System, in: *ders.* (Hg.), *Advances in Cryptology: Proceedings of CRYPTO '83* (1984) 153
- Ders.*, Security without Identification (1987),
http://www.chaum.com/articles/Security_Without_Identification.htm
- Steven Clift*, Democracy is Online (1998),
<http://www.e-democracy.org/do/article.html>
- Lorrie Faith Cranor*, Electronic Voting (1996), <http://info.acm.org/crossroads/xrds2-4/voting.html>
- Dies.*, Sensus: A Security-Conscious Electronic Polling System for the Internet (1997),
<http://www.research.att.com/~lorrie/pubs/hicss/hicss.html>
- Robert A. Dahl*, Democracy and its Critics (1989)
- James Fallows*, Breaking the News: How the Media Undermine American Democracy (1996)
- Jan Fernback/Brad Thompson*, Virtual Communities: Abort, Retry, Failure? (1995),
<http://www.rheingold.com/texts/techpolitix/VcCivil.html>
- Peter Filzmaier*, Politik und Medien: Teledemokratie, Cyberdemocracy und politischer Wettbewerb, in: *ders. u.a.*, *Politisches Alltagsverständnis* (1999) 196
- Bonnie Fisher u.a.*, A New Way of Talking Politics: Democracy on the Internet (1994),
http://www.eff.org/pub/Activism/E-voting/net_civics.survey
- James Fishkin*, Democracy and Deliberation (1992)
- Gerhard Fröhlich*, Demokratisierung durch Datenbanken und Computernetze? (o.J.),
<http://www.swbv.uni-konstanz.de/depot/media/4800000/4942000/4942185/froehlic.html>
- Winand Gellner/Fritz von Korff* (Hg.), *Demokratie und Internet* (1998)
- Hans Geser*, Auf dem Weg in die Cyberdemocracy? (1996),
<http://www.unizh.ch/~geserweb/komoef/ftext.html>
- Ders.*, Die funktionale Bedeutung der Computernetze für assoziative Vereinigungen und Verbände (1999), http://socio.ch/movpar/t_hgeser2.htm
- Christian Gürtler*, Politische Kommunikation am Internet (1996),
<http://bau2.uibk.ac.at/guertipolwi/>
- Martin Hagen*, A Road to Electronic Democracy?, in: *Hans J. Kleinstueber* (Hg.), *Der „Information Superhighway“* (1996) 63
- Ders.*, A Typology of Electronic Democracy (1997a), http://www.uni-giessen.de/fb03/vinci/labore/netz/hag_en.htm
- Ders.*, Elektronische Demokratie (1997b)
- Uwe Jean Heuser u.a.*, Elektronische Demokratie, in: *Die Zeit*, 13.4.2000, 10
- Hermann Hill*, Citizen Participation and New Perspectives in the Multimedia Era (1999), <http://www.hfv-speyer.de/lst/hill/citizen.htm>
- Kevin A. Hill*, Cyberpolitics (1998)
- Thomas Jäger* (Hg.), *Demokratie in der Krise?* (1995)
- Dietmar Jahnel/Peter Mader*, EDV für Juristen (1996)

- Otfried Jarren*, Internet – neue Chancen für die politische Kommunikation?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B40/1998, 13
- Klaus Kamps* (Hg.), *Elektronische Demokratie?* (1999)
- Hans Kelsen*, *Vom Wesen und Wert der Demokratie* (2. Aufl., 1929)
- Hans J. Kleinsteuber/Martin Hagen*, „Elektronische Demokratie“: Ansätze und Argumente in USA und Deutschland, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29 (1998) 128
- Fritz Klenner*, *Das Unbehagen in der Demokratie* (1956)
- Herbert Kubicek*, *Demokratie im Netz – Vernetzte Demokratie?* (1997),
<http://www.heise.de/tp/deutsch/special/pol/8002/1.html>
- Ders.*, Von www.bundestag.de zum e-parlament (2000),
<http://www.bundestag.de/aktuell/bp/00/bp0003/0003004.htm>
- Ders./Martin Hagen*, Gesellschaftliche Partizipation per Internet?, in: *Thomas Breisig* (Hg.), *Mitbestimmung – Gesellschaftlicher Auftrag und ökonomische Ressource* (1999) 374
- Claus Leggewie*, *Netizens oder: der gut informierte Bürger heute – Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?* (1996),
<http://www.iid.de/macht/beitraege/leggewie.html>
- Ders./Christoph Bieber*, From Voice to Vote?, in: *Herbert Kubicek* (Hg.), *Multimedia@Verwaltung*, *Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft* 7 (1999) 257
- Ders./Christa Mahr* (Hg.), *Internet & Politik* (1998)
- Jørgen Lenger*, Report on the Electronic Debate on the Constitution in the Folketing (Danish Parliament) during the Period March-June 1999 (1999)
- Klaus Lenk*, „Electronic Democracy“, in: *Herbert Kubicek* (Hg.), *Multimedia@Verwaltung*, *Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft* 7 (1999) 248
- Scott London*, *Electronic Democracy: A Literature Survey* (1994),
<http://www.west.net/~insight/london/ed.htm>
- Ders.*, Teledemocracy vs. Deliberative Democracy: A Comparative Look at Two Models of Public Talk, in: *Journal of Interpersonal Computing and Technology* 3 (1995) 33
- Claude Longchamp*, Internet als Medium der politischen Kommunikation und Mobilisierung bei Volksabstimmungen, in: *SWS-Rundschau* 39 (1999) 5
- Stefan Marschall*, Politik „online“ – Demokratische Öffentlichkeit dank Internet?, in: *Publizistik* 42 (1997) 304
- Ders.*, Wirkungen von Online-Kommunikation auf das Kommunikationsmanagement von Organisationen – am Beispiel der PR des Deutschen Bundestages, in: *Patrick Rössler* (Hg.), *Online-Kommunikation* (1998) 189
- Ders.*, *Öffentlichkeit und Volksvertretung* (1999)
- Anders R. Olsson*, *Democracy and IT* (2000)
- Fritz Plasser/Peter A. Ulram*, *Unbehagen im Parteienstaat* (1982)
- Dies.*, *Parlamentarische Demokratie gegen Politikverdrossenheit* (1993)

- Mark Poster*, *CyberDemocracy: Internet and the Public Sphere* (1995),
<http://www.hnet.uci.edu/mposter/writings/democ.html>
- Hans-Jürgen Puhle*, *Demokratisierungsprobleme in Europa und Amerika*, in: *Hauke Brunkhorst/Peter Niesen* (Hg.), *Das Recht der Republik* (1999) 317
- Howard Rheingold*, *The Virtual Community* (1993),
<http://www.rheingold.com/vc/book/>
- Ders.*, *Virtual Communities, Phony Civil Society?* (1998),
<http://www.rheingold.com/texts/techpolitix/civil.html>
- Rainer Rilling*, *Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?* (1996),
<http://212.21.76.136/bibliothek/cyberdemokratie-text.htm>
- Ders.*, *Internet und Demokratie* (1997a), <http://212.21.76.136/bibliothek/iudfrH.html>
- Ders.*, *Politische Netzkommunikation und Entscheidung* (1997b),
<http://212.21.76.136/bibliothek/Rilling11.htm>
- Ders.*, *Der Gesang der neuen Läutwerke* (1998a),
<http://212.21.76.136/bibliothek/Rilling12.htm>
- Ders.*, *Politische Netzkommunikation – bisherige Erfahrungen und Chancen für Bürgerbeteiligung* (1998b), <http://212.21.76.136/bibliothek/Rilling13.htm>
- Ders.*, *Elektronische Kommunikations- und Informationsnetze – Chancen und Aufgaben für die politische Bildung* (1999a),
<http://212.21.76.136/bibliothek/Rilling17.htm>
- Ders.*, *Das Internet als Kommunikationsmedium für politische Organisationen* (1999b),
<http://212.21.76.136/bibliothek/Rilling18.htm>
- Günther Schefbeck*, *Das Parlament auf der Datenautobahn*, in: *Das Parlament* 33/1996, 4
- Michael Scheuch*, *Neue Informationstechnologien und ihre Auswirkungen auf die Demokratietheorie* (1997), <http://members.aol.com/Edemokrat/magister.htm>
- Roland Specker*, *China und das Internet* (1997),
http://www.socio.ch/intcom/t_rspeck01.htm
- Jörg Tauss*, *E-Vote: Die „elektronische Briefwahl“ als ein Beitrag zur Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten*, in: *Herbert Kubicek* (Hg.), *Multimedia@Verwaltung, Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft* 7 (1999) 285
- Alvin Toffler*, *The Third Wave* (1980)
- Angelika Volst/Irmtraud Voglmayr*, *Politik Online* (1998)
- Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft* (1922)
- Jens Wolling*, *Politikverdrossenheit durch Massenmedien?* (1999)
- Thomas Zittel*, *Über die Demokratie in der vernetzten Gesellschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B42/1997, 23